

## **Aufruf zur Gründung einer landesweiten Interessenvertretung der OKJA**

Seit Jahren kämpft die OKJA bundesweit und auch in Hamburg mit einer dauerhaften Unterfinanzierung und tendenziellen Prekarisierung. Eine schlechte Bezahlung; unattraktive Arbeitszeiten; politischer Druck, sich als „Dienstleister“ in die Kooperation mit Schulen begeben zu müssen sowie eine zunehmende Problem- und Defizitorientierung auch in der OKJA führen dazu, dass die eigentlichen Leistungen und Potentiale der OKJA im Sinne einer „*Erziehung in Freiheit zur Freiheit*“ zu wenig sichtbar sind. Wir sehen die Gefahr, dass das Arbeitsfeld zwischen den Bereichen Schule, Kita und HzE „zerrieben“ bzw. seines eigenen fachlichen Auftrages völlig entkleidet wird.

Wir müssen uns wieder auf unsere vorhandenen Qualitäten besinnen, anstatt dazu beizutragen, dass sich die positiven strukturellen Grundlagen des Arbeitsfeldes in ihr Gegenteil verwandeln, weil wir die organisationellen Merkmale der OKJA im Sinne der emanzipativen Assistenz von Subjektbildung der Kinder und Jugendlichen zu wenig nutzen (vgl. hierzu auch Scherr und Sturzenhecker, 2014)

Eine fehlende (fach-)öffentliche Präsenz des Arbeitsfeldes hat aber auch etwas mit fehlenden Vertretungsstrukturen gegenüber Fachpolitik und Fachverwaltungen zu tun. Die Kampagnen der Jahre 2007 und 2012 (Entschlossen Offen) sowie die Aktivitäten im Zusammenhang mit den Kürzungen 2013 haben deutlich gemacht, dass bei einem organisierten Auftreten in der (Fach-)Öffentlichkeit das Interesse für das Arbeitsfeld neu geweckt werden kann. Dazu bedarf es aber einer kontinuierlichen fachlichen Verständigung untereinander mit dem Ziel der Absicherung der OKJA als Gesamtarbeitsfeld.

In Hamburg stellt sich die Situation der OKJA wie folgt dar:

- 2013 wurden dem Arbeitsfeld pauschal 10% der Zuwendungen gekürzt. In einigen Bezirken wurden ganze OKJA-Einrichtungen komplett auf eine SHA-Finanzierung umgestellt. In der Folge gingen damit erhebliche Verluste einer Offenen Kinder- und Jugendarbeit und ihrer fachlichen Ausrichtung einher
- Die Regelfinanzierung für die Offene Arbeit ist seit Jahren nicht auskömmlich. Aktuell liegt die Steigerungsrate bei den Zuwendungen für die OKJA und Familienförderung für die Jahre 2017 auf 2018 bei lediglich 0,38% (im Vergleich: Kita 2,5%, HzE 2,25%). Das Gesamtbudget für die Offene Arbeit in Hamburg liegt aktuell auf dem Niveau von 2013.
- Eine Refinanzierung von Tarifsteigerungen findet nur teilweise statt.
- Von rund 300 Einrichtungen im Jahr 2005 (Fachgespräch vom 8.6.2005: OKJA in den HH-Bezirken) existieren 2017 noch 244, davon verfügen 93 über bis zu einer und 124 über weniger als 2 Vollzeitstellen (Drs. 21/8806).
- Die in §4 SGB VIII festgeschriebene partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und freien Jugendhilfeträger weicht einer zunehmenden Kontrolle und Steuerung durch die jeweiligen Jugendämter.
- Ehrenamtliche Vorstände kleiner freier Träger sind kaum noch in der Lage die gestiegenen administrativen Anforderungen zu bewältigen. In der Folge kommt es zu einem „Ausverkauf“ solcher Einrichtungen, die von großen Verbänden, HzE-Trägern oder sogar völlig fachfremden Trägern „geschluckt“ werden.

- Der eigenständige primär außerschulische Bildungsauftrag der Offenen Arbeit im Sinne der Unterstützung von Subjektbildung (wilde Bildung) verwandelt sich zunehmend in die Unterstützung eines institutionalisierten Bildungsverständnisses der Schulen. Gleichzeitig erfüllen solche Kooperationen oft nicht einmal die Mindestanforderungen an eine fachliche Zusammenarbeit; Standards der Offenen Arbeit kommen wenig zum Tragen.
- Wir beobachten, dass die Offene Kinder- und Jugendarbeit als relevantes Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe zunehmend auch aus dem Lehrangebot von Hochschulen und Universitäten verschwindet. Angesichts einer zu erwartenden „Verrentungswelle“ droht die Gefahr, dass es zukünftig an qualifiziertem Nachwuchs für das Arbeitsfeld fehlen wird.

Gleichzeitig erleben wir eine Politik, in der Kinder, Jugendliche und Familien –wieder einmal –zunehmend als „verhaltensauffällig“, „defizitär“ oder auch als „gefährlich“ stigmatisiert werden und im Zuge dessen verstärkt reglementiert, kontrolliert und normiert wird.

Wir erleben eine öffentliche Jugendhilfe und Fachpolitik, die auf gesellschaftliche Entwicklungen – wie beispielsweise eine auf hohem Niveau stagnierende Armutsentwicklung – mit Maßnahmen reagiert, die sich an althergebrachten „fürsorglichen“ bis massiv intervenierenden Reaktionsformen orientiert.

Wir benötigen dringend eine kontinuierliche fachliche Verständigung untereinander mit dem Ziel einer fachlichen und politischen Absicherung der Offenen Arbeit als Gesamtarbeitsfeld.

**Aus den genannten Gründen rufen wir auf zur Gründung einer landesweiten Interessenvertretung der Offenen Arbeit und laden alle Interessierten ein an diesem Vorhaben teilzunehmen, seien sie aktiv als Träger, MitarbeiterInnen in den Einrichtungen (kommunal oder in freier Trägerschaft), in den Verwaltungen und an den Hochschulen.**

**Das Auftakttreffen findet statt am Dienstag, den 17. April um 10 Uhr, der genaue Ort sowie der Ablauf werden noch in einer gesonderten Einladung mitgeteilt.**

Am 29.März findet um 10 Uhr ein letztes Vorbereitungstreffen für diese Auftaktveranstaltung im Verband Kinder- und Jugendarbeit in der Budapester Str. 42 statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, um eine Anmeldung per Mail ( [info@vkjhh.de](mailto:info@vkjhh.de)) wird gebeten.

Erstunterzeichner\_innen:

Conny Fiedler-Hellmann, Streetlife e.V.; Marion Lewandowski, Haus Warwisch e.V.; Jörn Stronkowski, Streetlife e.V., Jeung-A Anna Kim, Jugendclub Mittendrin; Rene Plettner, Bauspielplatz Berne e.V.; Stefan Baumann, INVIA Hamburg e.V.; Evin Kandemir, Dolle Deerns e.V.; Heike Rupp, Mädchentreff Schanzenviertel e.V., Dagmar Klages, AK Spielhäuser; Joachim Gerbing, VKJH e.V.